

Robert-Tillmanns-Haus e.V.

Niko Rollmann



Demokratie unter Druck

Welche Faktoren gefährden unser politisches System?

– Edition RTH –

Heft XIII

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Hass und Hetze im Internet	5
3. Verzerrte Realität	7
4. Desinformation	9
5. Verschwörungstheorien	11
6. Verschärfung sozialer Ungleichheiten	14
7. Gefahr einer „allmächtigen“ Exekutive	16
8. Schlussfolgerungen	17
9. Weiterführende Websites und Literatur	19

1. Vorwort

Wer hätte sich am Anfang des letzten Jahres vorstellen können, unter welchen Bedingungen das „Superwahljahr“ 2021 stattfindet? Seit März 2020 wurden wir von der Corona-Pandemie praktisch überrollt: Das neue Virus hat in vielerlei Hinsicht in unser gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Gefüge eingegriffen. Fast alles ist irgendwie anders! Zu den besonders markanten Entwicklungen gehören die mit der Pandemie verbundenen politischen Turbulenzen: Das Auftauchen der absurdesten Verschwörungstheorien, anhaltende Debatten um die Rechtmäßigkeit einschneidender staatlicher Maßnahmen, die „Querdenker“-Bewegung – und dann sogar ein versuchter „Sturm auf den Reichstag“!

Viele BürgerInnen haben den Eindruck, dass unser demokratisches System angesichts dieser Ereignisse und Entwicklungen zunehmend unter Druck geraten ist. Und bereits vor der Pandemie gab es ja schon diverse beängstigende Entwicklungen: Hass im Internet, Rechtspopulismus, Fake News, Rechtsextremismus bei der Polizei, zunehmender Antisemitismus – und die bange Frage, ob es auch bei uns einen Donald Trump geben könnte. All diese Ängste haben sich für viele Menschen mittlerweile in ein verwirrendes, verworrenes Knäuel verwandelt: Man hat den Eindruck, dass unser politisches System aus den Fugen geraten ist und vieles davon mit dem Internet beziehungsweise den „sozialen Medien“ zu tun hat. Aber worum geht es eigentlich im Einzelnen? Was gefährdet dabei in welcher Form unsere Demokratie? Und was kann man tun, um diesen Trends entgegenzuwirken?

Diese Broschüre soll als kompakter Überblick die wichtigsten Aspekte der oben beschriebenen Entwicklungen erläutern und analysieren. Den Schwerpunkt stellen dabei die mit dem Internet verbundenen Trends dar, da dieses Kommunikationssystem mittlerweile für einen sehr großen Teil der Bevölkerung das maßgebende „Leitmedium“ ist und bei den oben aufgeführten Problemen oft eine zentrale Rolle spielt. Darüber hinaus geht es aber auch um die durch die Pandemie verstärkte soziale Ungleichheit und die Frage, ob das Vorgehen unserer Regierung im Zusammenhang mit der Pandemie tatsächlich als demokratiegefährdend erachtet werden kann. Mit Hinweisen für weitere Recherchen wird das Heft abgeschlossen.

2. Hass und Hetze im Internet

Als sich das Internet in den 1990ern zu einem globalen, leicht zugänglichen Kommunikationsnetzwerk entwickelte, waren mit dieser Innovation viele Träume verbunden: Wissen konnte nun weltweit verbreitet und geteilt werden – und zwar jenseits der offiziellen, oftmals staatlich regulierten Medien. „Ganz normale Menschen“ würden sich austauschen und dabei spielend die Grenzen und Ideologien einzelner Staaten überwinden können. Informationen, gar „die Wahrheit“, könnten nun von diktatorischen Regimes nicht mehr kontrolliert beziehungsweise unterdrückt werden. Es ist kein Geheimnis, dass ehemalige Akteure der amerikanischen Hippie-Bewegung bei der Entwicklung des Internets eine bedeutende Rolle spielten – stellte dieses Netzwerk für sie doch die ultimative Version des legendären „Whole Earth Catalog“ dar. Kurzum: Das Internet bedeutete Wissen und Erleuchtung für alle!

Heutzutage, ein Vierteljahrhundert später, hat sich diese Vision in Luft aufgelöst. Das Internet ist natürlich ein unverzichtbarer Teil unseres Alltags und der Wirtschaft geworden, es bietet unzählige Möglichkeiten. Und, ja, es hat bei dem kurzen demokratischen Aufbruch in den arabischen Staaten 2010/2011 eine wichtige Rolle gespielt. Aber: Heutzutage sieht es im Ganzen eher so aus, als ob das Internet im politischen Bereich einen primär negativen Einfluss ausübt: Als „ungefiltertes“ und weitgehend anonymes Medium ist es ideal für Hetzer, Hasser, Pöbler und Extremisten aller Art. Beschimpfungen, Beleidigungen, Verunglimpfungen, Verleumdung und Drohungen gehören längst zum Alltagsgeschäft der auf dem Internet basierenden „sozialen Medien“ – und Begriffe wie „Hatestorm“ oder „Shitstorm“ sind mittlerweile ein fester Bestandteil des politischen Diskurses geworden. Dabei lassen sich grundsätzlich vier verschiedene Gruppen als zentrale Akteure der Internet-Hetze identifizieren:

Erstens „ganz normale Menschen“, die sich gerade über etwas aufgeregt haben und mal kurz Dampf ablassen wollen. Die Anonymität, die das Internet ihnen gewährleisten kann, animiert sie dabei, ihren Unmut aggressiver zu formulieren als sie es vielleicht „face to face“ tun würden. Oft sind sie sich gar nicht der Tatsache bewusst, dass ihre Kommentare bereits im strafbaren Bereich liegen: Sie glauben, sie hätten doch einfach nur mal „ihre Meinung gesagt“.

Die zweite Gruppe sind Personen, die sich durch sadistische, psychopathische oder stark frauenfeindliche Wesenszüge auszeichnen und deswegen den Drang verspüren, andere Menschen zu beleidigen, zu bedrohen und abzuwerten. In diesem Bereich spielen gerade junge Männer mit niedrigem sozialen Status eine bedeutende Rolle.

Eine dritte Gruppe stellen Menschen dar, die ihre Hassbotschaften gezielt, systematisch und aus einem bestimmten politischen Kontext heraus verbreiten. Ihnen geht es darum, Personen mit „unerwünschten“ Ansichten beziehungsweise Aktivitäten einzuschüchtern und mundtot zu machen. Zu ihren Zielscheiben gehören zum Beispiel JournalistInnen, Rechtsextremismus-ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und Menschen, die sich für

Flüchtlinge engagieren. Dabei reicht es mittlerweile bereits, einfach nur vor dem Klimawandel zu warnen, um Morddrohungen zu bekommen. In besonders aggressiver Form richtet sich die Hetze übrigens gegen Frauen, die neben den üblichen Gewaltandrohungen oft auch mit Vergewaltigungsphantasien und Formen des Bodyshamings konfrontiert werden. Das Ziel der Verfasser dieser Hassbotschaften ist, eine totale Herrschaft über bestimmte Diskurse zu erreichen und die Politik so zu beeinflussen. Zum größten Teil kommen diese Akteure aus dem rechtsextremen Spektrum.

Die vierte Gruppe stellen schließlich Personen dar, die im staatlichen Auftrag handeln. Sie sind sozusagen der verlängerte Arm ihrer Regierung und werden zumeist für ihre Aktivitäten finanziell „belohnt“. Ihre Hauptaufgabe ist es, Gegner des jeweiligen Regimes zum Schweigen zu bringen beziehungsweise deren Glaubwürdigkeit zu zerstören. Darüber hinaus gehören verschiedenste Formen der Manipulation zu ihrem Kerngeschäft. Ein bekanntes, in den Medien oft erwähntes Beispiel für diese Form der Agitation ist die so genannte „Trollfabrik“ in St. Petersburg (als Trolls werden Personen bezeichnet, die im Internet durch negative, aggressive und emotionalisierende Äußerungen auffallen).

Die Corona-Pandemie hat – wie zu erwarten war – zu einer Zunahme an Hetze im Internet geführt. Der Hass richtet sich zum Beispiel gegen Virologen und andere Mediziner sowie gegen prominente Befürworter von Schutzimpfungen. In einer Zeit, in der die Pandemie tief in unser alltägliches Leben eingreift, bieten diese Personen für überforderte Menschen und für Verschwörungstheoretiker die idealen Sündenböcke.

Das demokratiegefährdende Potenzial von Internet-Hetze entfaltet sich auf zwei verschiedenen Ebenen: Erstens werden ganze politische Diskurse durch dieses Phänomen „vergiftet“ und verformt. Letzten Endes stellen die Verantwortlichen ja nur eine kleine Minderheit dar. Aber durch ihr penetrantes und hartnäckiges Auftreten schaffen sie es oft, die Diskussion an sich zu reißen und ihre extremen Positionen fast schon als „normal“ erscheinen zu lassen. Das wiederum führt dazu, dass viele andere Personen, die sich den Beschimpfungen nicht aussetzen möchten oder das Diskussionsklima als unangenehm empfinden, sich zurückziehen – was ja auch ein Ziel der Hetzer ist (so sollen zum Beispiel Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zum Schweigen gebracht werden). Zweitens werden bestimmte Personen durch die enthemmte Rhetorik im Internet emotional so stark aufgeladen, dass sie dann „im realen Leben“ zur Tat schreiten: Es gibt mittlerweile zahlreiche Beispiele dafür, wie die Radikalisierung von Menschen, die Anschläge und Attentate verübten, im Internet ihren Anfang genommen hat. Seien es die zunehmenden Angriffe auf politische Amtsträger oder auf Menschen, die eine Kippa tragen und dadurch als Juden erkennbar sind – am Anfang der Gewalt steht oft die digitale Hetze!

3. Verzerre Realität

Ein seit einigen Jahren immer öfter zu beobachtendes Phänomen innerhalb des politischen Diskurses ist das gehäufte Auftreten von Ansichten, Äußerungen und Begriffen, die auf eine stark verzerrte Wahrnehmung der Realität schließen lassen. Dabei geht es zunächst noch nicht einmal um Hetze, Lügen oder Desinformation – sondern einfach nur darum, dass die entsprechenden Personen „das Maß der Dinge“ verloren haben. Sie tendieren dazu, in ihrer Argumentation stark zu übertreiben oder Dinge miteinander zu vergleichen, die man schlicht und einfach nicht miteinander vergleichen kann. Dazu einige Beispiele:

- Im Zusammenhang mit den staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie wurde allen Ernstes von einem „Corona-Regime“, von einer „Diktatur“, einer „simulierten Opposition“ und von einem „neuen Ermächtigungsgesetz“ gesprochen. Die Vergleiche mit dem Nationalsozialismus tauchten vor allem in der Querdenker-Szene auf (aber nicht nur dort!). Die entsprechenden Kundgebungen, bei denen RednerInnen sich mit dem Widerstand gegen das NS-Regime gleichsetzten, gehören zu den Tiefpunkten unserer politischen Kultur.
- Die Berliner „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“-Kampagne geriet von Anfang an in ein massivstes Kreuzfeuer verschiedenster Medien. Auffällig war dabei, dass GegnerInnen dieses Volksentscheid-Begehrens das Anliegen der Bürgerinitiative immer wieder mit dem DDR-Sozialismus gleichsetzten – obwohl zum einen Enteignungen durch den Artikel 14 unseres Grundgesetzes abgedeckt sind und zum anderen das Ziel dieser Initiative in keinerlei Hinsicht mit der totalitären Repression des SED-Regimes vergleichbar ist.
- Immer wieder wird behauptet, dass die Deutschland sozusagen nichts mehr „auf die Reihe bekommt“. Der Staat würde permanent versagen – sei es beim Umgang mit Flutkatastrophen, bei der Corona-Impfkampagne oder bei der Bekämpfung von Kriminalität. Die Tatsache, dass Deutschland weltweit trotz aller Defizite immer noch als politisches und ökonomisches Erfolgsmodell gilt, wird dabei unter den Teppich geharkt.

Wenngleich eine verzerrte Wahrnehmung von Realität in der politischen Geschichte der BRD immer wieder beobachtet werden konnte (zum Beispiel in der aufgeheizten Atmosphäre des Kalten Krieges), so hat man den Eindruck, dass momentan gerade eine neue Spitze erreicht worden ist. Das mag einerseits damit zu tun haben, dass die ganz und gar enthemmte, „filterfreie“ Diskussion im Internet es erlaubt, die unglaublichsten Dinge zu behaupten und dafür immer noch zahlreiche Claqueure zu finden. Sie kann zugleich aber auch das Ergebnis gezielter Manipulationsversuche sein:

So gehört zum Beispiel die Behauptung, dass Deutschland eine Art gescheiterter Staat sei, zu den Argumentationsmustern der Querdenker-Szene und rechtsextremer Kreise. De facto soll mit dieser Rhetorik unser parlamentarisches System umfassend deligiti-

miert werden, frei nach dem Motto: „Hier müsste mal wieder richtig aufgeräumt werden!“ Darüber hinaus geht es aber auch um klassische Ablenkungsmanöver, wie man sie zum Beispiel im Wahlkampf hinsichtlich der jüngsten Flutkatastrophen beobachten konnte: Angesichts der Tatsache, dass die meisten Experten sich einig sind, dass die globale Erwärmung bei den extremen Unwettern eine maßgebliche Rolle gespielt hat, wäre zu erwarten gewesen, dass die Medien sich verstärkt auf die Frage konzentrieren, wie die Programme der einzelnen Parteien sich hinsichtlich des Klimaschutzes konkret positionieren. Stattdessen standen aber die Plagiatsvorwürfe im Zusammenhang mit einer Publikation Annalena Baerbocks praktisch im Mittelpunkt eines medialen Trommelfeuers, das offenbar die Funktion hatte, diese Frau als potenziell erfolgreiche Kanzlerkandidatin zu demontieren. Die realen politischen *Themen*, um die es bei einem Wahlkampf eigentlich gehen sollte, wurden dabei weitgehend in den Hintergrund gedrängt.

Während es bei fast allen Menschen in dem einen oder anderen Bereich eine verfälschte Wahrnehmung der Realität geben kann, so birgt das gehäufte Auftreten stark verzerrter Perspektiven große politische Gefahren in sich – und zwar spätestens dann, wenn BürgerInnen zum Beispiel allen Ernstes behaupten, dass unsere Medien gleichgeschaltet seien oder fordern, dass Angela Merkel und Christian Drosten ins Gefängnis gesperrt werden. Mitunter ist es dann nicht mehr weit bis zum Angriff auf Amtsträger oder einem „Sturm auf den Reichstag“.

4. Desinformation

Jenseits der verzerrten Wahrnehmung von Realität wird unsere Demokratie auch durch ein anderes Phänomen gefährdet, das heutzutage vor allem im Internet zu beobachten ist: Desinformation. Dabei handelt es sich im Grunde um ein uraltes Instrument der Propaganda, das bis in die Anfänge der Menschheitsgeschichte zurückreicht: die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen (man könnte auch sagen: Lügen) aus politischen Gründen. Damit sollen unangenehme Realitäten vertuscht oder gar „umgekehrt“ werden. Die Verfasser derartiger Botschaften sind oft staatliche Akteure, die mit Desinformation das eigene Regime stabilisieren beziehungsweise als feindlich erachtete Systeme destabilisieren wollen.

Grundsätzlich lassen sich zumeist folgende Varianten der Desinformation beobachten:

- Der Versuch, Tatsachen zu leugnen beziehungsweise in ihr Gegenteil zu verkehren.
- Das Verbreiten frei erfundener Falschnachrichten (auch „Fake News“ genannt), die oft als „Aufreger“ eine emotionalisierende Wirkung erzielen sollen.
- Das Verbreiten von Inhalten, die Verwirrung beziehungsweise Verunsicherung bewirken sollen.
- Die starke Akzentuierung unwichtiger Nebensächlichkeiten, um vom eigentlichen Kern des jeweiligen Themas abzulenken.

Ein Staat, der heutzutage oft mit systematischer Desinformation in Verbindung gebracht wird, ist Russland. Das Vorgehen der verantwortlichen Akteure verfolgt dabei primär drei Ziele:

- Erstens soll der eigenen Bevölkerung immer wieder suggeriert werden, dass die westlichen Staaten keine erstrebenswerte Alternative zum russischen System darstellen können, da ihre freiheitlichen, liberalen Werte zu politischer Instabilität und moralischem Verfall führen. Dafür werden zum Beispiel gesellschaftliche Brüche innerhalb des Westens gezielt übertrieben dargestellt – und es wird zugleich der Versuch gemacht, sie real zu vertiefen.
- Zweitens geht es darum, im Zusammenhang mit staatlich ausgeübter Gewalt von den Verantwortlichen abzulenken. Dieses Verhalten war zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Abschuss des niederländischen Airliners MH17 oder dem Giftanschlag auf den Oppositionellen Alexei Nawalny zu beobachten.
- Drittens geht es darum, einzelne Politiker, die als „russlandkritisch“ angesehen werden, in massivster Form zu verunglimpfen und so ihre Wahl beziehungsweise Wiederwahl zu verhindern. Ein aktuelles Beispiel dafür ist eine intensive Hetzkampagne, die im Internet gegen Annalena Baerbock losgetreten wurde: Die deutschen Sicherheitsbehörden und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) gehen davon aus, dass Russland dabei eine maßgebliche Rolle spielt.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf die massive Einflussnahme des Landes auf den US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 verwiesen.

Im weiteren Sinne gehören zur Desinformation übrigens auch Versuche, die E-Mail-Konten von ParlamentarierInnen zu „hacken“, um so an sensible Informationen und Daten zu gelangen, die dann zu einem passenden Zeitpunkt im Internet verbreitet werden können (oft auch in verfälschter Form).

Desinformation hat somit ein besonders demokratiegefährdendes Potenzial – gerade vor Wahlen. Jenseits des oben beschriebenen Falles ist momentan im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen auch zu beobachten, dass in rechtsgerichteten Foren immer wieder behauptet wird, dass es bei der Briefwahl massive Fälschungen gäbe, die auch für die Stimmverluste der AfD bei den letzten Landtagswahlen verantwortlich gewesen seien. Mit solch einer Argumentation hatte übrigens auch Donald Trump versucht, seine Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen zu erklären.

Darüber hinaus übt Desinformation auch eine grundsätzlich zersetzende Wirkung auf politische Systeme aus: Sie schürt Misstrauen und Hass auf demokratisch gewählte Politiker, sie „verdreht Köpfe“ und verstößt gegen alle Regeln des Anstandes. Ihre Gefährlichkeit sollte sich im Jahre 2016 in Berlin beim so genannten „Fall Lisa“ auch noch mal auf einer ganz anderen Ebene zeigen: Die angebliche Vergewaltigung eines dreizehnjährigen Mädchens russlanddeutscher Herkunft durch Asylanten wurde von russischen Medien unkritisch wiedergegeben und aufgebauscht. Daraufhin kam es zu einem Angriff auf ein örtliches Asylbewerberheim und zu Demonstrationen aufgebrachter Deutschrussen. Obwohl sich relativ schnell herausstellte, dass das Mädchen gelogen hatte, sprachen russische Medien weiterhin von einer Vergewaltigung. Dieses Verhalten erinnert an die Versuche des Kremls, die russischen Minderheiten in ehemaligen Sowjetrepubliken mit Fake News aufzuhetzen, um so die Regierungen dieser Länder unter Druck zu setzen.

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl hat das Bundesinnenministerium mittlerweile die Arbeitsgruppe „Hybride Bedrohungen“ eingerichtet, die sich – gerade auch mit Blick auf die Bundestagswahl – unter anderem mit Desinformationskampagnen beschäftigt.

5. Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien ziehen sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte. Ihre Anhänger gehen davon aus, dass das, was passiert, kein Ergebnis „sichtbarer“ politischer Handlungen oder sonstiger Ereignisse ist. Stattdessen glauben sie, dass bestimmte Personengruppen heimlich das Geschehen bestimmen und für unheilvolle Entwicklungen verantwortlich sind. Zu den bekanntesten Verschwörungstheorien gehört zum Beispiel die im Mittelalter während der Pest aufgestellte Behauptung, dass Juden die Brunnen vergiften hätten und somit für den Ausbruch der Seuche verantwortlich seien. Ein anderes beliebtes Motiv ist der Argwohn gegenüber Freimaurern, die angeblich einen maßgebenden Einfluss auf die Politik hätten. Seit dem späten 19. Jahrhundert haben vor allem antisemitische Verschwörungstheorien einen starken Auftrieb erlebt. Im Kern gehen sie davon aus, dass jüdische Finanziere die Welt kontrollieren und Juden zudem versuchen, die Gesellschaft von innen her zu zersetzen und in ihrem Sinne zu korrumpieren. Seit der Sowjetrevolution wurden Juden zudem oft als die heimlichen „Macher“ hinter dem Bolschewismus angesehen – eine Vorstellung, die auch zum Kern der NS-Ideologie gehörte.

In der Nachkriegszeit unterlagen Verschwörungstheorien oftmals der Logik des Kalten Krieges. Das lag insofern nahe, als dass bei diesem Konflikt Geheimdienste eine große Rolle spielten. Und wenn in Wirtschaft oder Politik etwas nicht richtig funktionierte, wenn „merkwürdige“ Dinge geschahen – dann steckte sicher der KGB beziehungsweise die CIA dahinter! Die mit der Angst vor feindlichen Agenten verbundene Paranoia reichte dabei auf beiden Seiten bis in die Spitzen der Politik hinein. Die bis zum heutigen Tage nicht aufgeklärte Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy im Jahre 1963 sorgte dann für einen ganzen Kanon an Verschwörungstheorien. Ebenso führte die Entstehung der „Gegenkultur“ und der Studentenbewegung seit Mitte der 1960er zu neuen, linksgerichteten Konstrukten. Diese gingen beispielsweise davon aus, dass die gewählten Regierungen kapitalistischer Staaten keine eigenen Entscheidungsbefugnisse hätten. Stattdessen würde das so genannte Großkapital den gesamten politischen Prozess kontrollieren. Die Jahrtausendwende sollte dann im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen vom 11.09.2001 für reichlich „Nachschub“ an Verschwörungstheorien sorgen.

Mit der Realität haben diese Erzählungen nur sehr wenig zu tun. Aber für ihre Anhänger erfüllen sie eine wichtige psychische Funktion: Sie machen das komplexe politische, gesellschaftliche und ökonomische Geschehen greifbar. Sprich: *Alles was mich beeinflusst und mich bedrängt, hat einen einzigen konkreten Grund! Und dieser Grund sind böse Menschen, die im Hintergrund die Fäden ziehen!* Das Unerklärliche – und oftmals auch das eigene Scheitern im Leben – werden dadurch rationalisierbar. Alles wird dann plötzlich sehr einfach: Man muss sich nicht mehr mit einzelnen Problemen befassen, da man die Schuldigen kennt, die für alle Missstände verantwortlich sind. Und wenn man diesen Menschen das Handwerk legt oder sie gar „ausschaltet“, sind sämtliche Probleme auf einen Schlag beseitigt! Damit liegt auch auf der Hand, dass Menschen, die inten-

siv an Verschwörungstheorien glauben, sich oft durch eine immanente Gewaltbereitschaft auszeichnen. Heutzutage wird die „Szene“ der Verschwörungstheoretiker oft von Rechtsextremen dominiert, die zum Beispiel behaupten, dass die Asyl- und Einwanderungspolitik der deutschen Regierung eine „Umvolkung“ zum Ziel hätten: Das deutsche Volk solle durch Menschen fremder Herkunft ersetzt werden.

Die Corona-Pandemie sorgte für einen neuen starken Schub an Verschwörungstheorien. Dabei handelte es sich um drei oder vier Erzählstränge, die nicht auf einzelne Länder begrenzt waren, sondern eher von einer „Internationale der Verschwörungstheoretiker“ in Umlauf gesetzt wurden. Die entsprechenden Behauptungen lauteten:

- Es gäbe kein Coronavirus. Die Pandemie sei lediglich von den Regierungen erfunden worden, um die Menschen anhand der eingeführten Schutzmaßnahmen ihrer Freiheit zu berauben und sie für zukünftige Diktaturen gefügig zu machen.
- Das Virus – wenn es überhaupt existiert – sei in die Welt gesetzt worden, um der Impfstoffe produzierenden Pharmaindustrie immense Gewinne zu bescheren.
- Ein bei der Impfung eingepflanzter Mikrochip solle Menschen kontrollierbar machen.
- Die Impfstoffe hätten das Ziel, Menschen zu töten beziehungsweise sie unfruchtbar zu machen.

Charakteristisch ist, dass bei diesen Theorien oft auch antisemitische Motive auftauchen. Tatsächlich glaubt nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung an die oben formulierten Thesen. Ihr demokratiegefährdendes Potenzial liegt aber vor allem darin, dass die Anhänger dieser Erzählungen gezielt versuchen, in die Pressefreiheit einzugreifen, indem sie zum Beispiel bei Demonstrationen Journalisten und Kamerateams bedrohen oder direkt angreifen. Darüber hinaus werden oft auch soziale Medien benutzt, um Andersdenkende zu verunglimpfen und mit Hassbotschaften zu überschütten. Darüber hinaus hat es natürlich fatale Folgen, wenn Menschen, die diesen Theorien Glauben schenken, sich nicht impfen lassen und damit sowohl ihre eigene Gesundheit als auch die anderer Personen gefährden.

An dieser Stelle sollte noch erwähnt werden, dass sich Internet-Hetze, die verzerrte Darstellung der Realität, Desinformation und Verschwörungstheorien oft nicht sauber voneinander trennen lassen, sondern ineinander übergehen können. Sie werden zum Beispiel dann miteinander kombiniert, wenn menschliche Werte „auf den Kopf gestellt“ werden und Personen, die Gutes tun, zur Zielscheibe von Hassbotschaften werden:

Ein Klimaschützer wird massiv beschimpft, weil er angeblich ein Agent der Chinesen ist, die die deutsche Autoindustrie zerstören wollen. Ein Krankenpfleger, der Corona-Opfer versorgt und seine Erfahrungen auf einer Website dokumentiert, wird als Lügner dargestellt – weil es ja gar keine Pandemie gäbe und seine Berichte somit alle frei erfunden seien. Und eine Frau, die aufopfernd Flüchtlingskindern hilft, wird als willige Helferin der „Islamisierung Deutschlands“ dämonisiert.

In diesem Zusammenhang wird oft auch der Begriff „Gutmenschen“ gezielt eingesetzt, um altruistisch handelnde Menschen ins Lächerliche zu ziehen (während zugleich im Internet Texte auftauchen, in denen behauptet wird, dass solche Personen an einer organischen Schädigung ihres Gehirns leiden). Letzten Endes sollen so moralische Wertmaßstäbe durcheinander gewirbelt werden – um uns dann für menschenverachtende Ideologien empfänglich zu machen. Diese Taktik gehörte übrigens auch zum propagandistischen Standardrepertoire der Nationalsozialisten.

6. Verschärfung sozialer Ungleichheiten

Zu den versteckten Auswirkungen der Corona-Pandemie gehört auch eine Zunahme an sozialer Ungleichheit. Dabei ist zunächst einmal zu berücksichtigen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland seit Jahrzehnten immer weiter auseinander klappt: Hatte es in den siebziger Jahren noch eine relativ breit gestreute Verteilung des Wohlstandes gegeben, so sollte die seit den 1980ern vorherrschende neoliberale Wirtschaftspolitik zu immer größeren sozialen Verwerfungen führen.

Durch diese Entwicklung ist mittlerweile ein bedeutender Teil der Bevölkerung praktisch „abgehängt“ worden und hat nur noch sehr begrenzte Chancen eines gesellschaftlichen Aufstiegs. In Kombination mit den in vielen Metropolen zu beobachtenden Gentrifizierungstendenzen wird dieser Trend nun auch konkret physisch sichtbar: Einkommensschwache Schichten können sich das Wohnen in innerstädtischen Gebieten oft nicht mehr leisten und werden im Rahmen einer sozialen Entmischung an den Rand gedrängt – wodurch dort dann die Gefahr einer so genannten Ghettobildung besteht. Durch die Pandemie sind nun gleich mehrere Gruppen sozial schwacher Menschen „in die Zange genommen“ worden:

- Die Lockdown-Maßnahmen führten dazu, dass bestimmte Teile der Wirtschaft, in denen viele prekär beschäftigte Menschen aktiv sind (wie zum Beispiel in der Gastronomie), heruntergefahren oder gar vollständig lahmgelegt wurden. Diejenigen, die ohnehin nur „so gerade eben über die Runden kamen“, verloren ihr Einkommen oder mussten zumindest gravierende Einbußen hinnehmen. Besonders hart traf es dabei „undokumentiert“ Arbeitende, die nicht auf die vorhandenen sozialen Sicherungsnetze zurückgreifen konnten.
- Des Weiteren wurden bestimmte Randgruppen, die aus eigener Kraft kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten können und oftmals sozialer Ächtung unterliegen, noch weiter ins Abseits gedrängt. Dazu gehörten zum Beispiel Obdachlose, Prostituierte und Suchtkranke. Sie wurden in den Lockdown-Monaten noch stärker gemieden, hatten kaum noch Einkünfte und konnten nur noch auf ein stark eingeschränktes Spektrum staatlicher beziehungsweise karitativer Hilfsangebote zurückgreifen. Für diese Menschen war der Lockdown zumeist ein wahrer „Horrortrip“.
- Die Pandemie hat sich auch in extrem problematischer Form auf die Kinder sozial schwacher Bevölkerungsgruppen ausgewirkt: Die Schließung der Schulen bedeutete ja „Homeschooling“ – ein Umstand, der zunächst einmal natürlich für alle betroffenen Familien einen immensen Stressfaktor darstellte. Aber gerade ärmere Familien traf es besonders hart: Dort, wo mehrere Kinder sich ein Zimmer teilen mussten und die „digitale Ausstattung“ aus finanziellen Gründen ohnehin schon unzulänglich sein sollte, war ein geregelter Hausunterricht kaum möglich. Das bereits vorhandene Bildungsgefälle ist somit noch weiter vergrößert worden. Manche Experten befürchten, dass die betroffenen Kinder den Rückstand kaum noch aufholen können.

Die aus der Pandemie resultierende Vergrößerung des sozialen Gefälles bedeutet also, dass der Anteil der Bevölkerung, dem aufgrund ökonomischer Schwäche und mangelnder Bildung eine aktive Partizipation am demokratischen System versagt bleibt, weiter ansteigen wird. Das ist für sich bereits schlimm genug. Hinzu kommt aber noch etwas Anderes: Es besteht die Gefahr, dass Menschen, denen auf Dauer eine angemessene Teilhabe an unserer Gesellschaft nicht möglich ist, das politische System irgendwann grundsätzlich in Frage stellen, nach dem Motto: *Wenn ich immer nur der Loser bin, warum sollte ich mich dann an die Regeln des Systems halten, das mich zum Loser gemacht hat?* Ob die mögliche „Alternative“ dann kriminelles Verhalten, politischer Extremismus oder religiöser Fundamentalismus sein mag – in allen Fällen kann das Ergebnis nur schädlich für unsere Demokratie sein. Schließlich ist es keine neue Erkenntnis, dass eine Gesellschaft bereits „kippen“ kann, wenn auch nur ein kleiner Prozentanteil der Bevölkerung dem vorherrschenden politischen System radikal den Kampf ansagt. Kein Staat, der Wert auf eine freiheitlich-demokratische Grundordnung und auf ein friedliches Zusammenleben legt, kann es sich deswegen leisten, bestimmte Teile der Bevölkerung auf Dauer zu marginalisieren.

7. Gefahr einer „allmächtigen“ Exekutive

Als diese Schrift im Herbst des letzten Jahres zum ersten Mal „angedacht“ wurde, sollte ein Thema noch relativ heftig diskutiert werden, das mittlerweile in den Hintergrund getreten ist: Die Frage, ob das Vorgehen der Regierung Merkel im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen legitim sei oder aber die Demokratie gefährden könnte. Konkret wurde dabei der Vorwurf erhoben, dass das Kabinett sehr einschneidende Maßnahmen „durchpeitschen“ würde, die zum einen bestimmte Grundrechte verletzen und zum anderen ohne einen ausreichenden parlamentarischen Prozess verhängt wurden. Vor allem in der Agitation der Querdenker-Bewegung tauchten Begriffe wie „Gesundheitsdiktatur“ oder „Impfzwang“ und „1984“ immer wieder auf. Aber auch in linksgerichteten Gruppierungen und gemäßigten bürgerlichen Kreisen wurden entsprechende Befürchtungen artikuliert. Inzwischen sind diese Stimmen – mit Ausnahme der Querdenker – zum großen Teil verstummt. Dafür gibt es primär zwei Gründe:

Erstens mag das Vorgehen der deutschen Regierung teilweise sehr hastig und in vielerlei Hinsicht kritikwürdig gewesen sein. Aber im Ganzen gab es keine gravierenden Verstöße gegen unsere Verfassung, keinen Bruch der dort festgeschriebenen Grundrechte. Zweitens kam hinzu, dass sich im Laufe der Pandemie zeigte, dass „Freiheit von Corona-Schutzmaßnahmen“ nichts Anderes bedeutete als „sehr viele Corona-Tote“. Die Länder, die es als nicht notwendig erachteten, zur Bekämpfung der Pandemie bestimmte Freiheiten einzuschränken, mussten dafür einen sehr hohen Preis zahlen: So bedeutete zum Beispiel der „schwedische Sonderweg“, der es praktisch der Eigenverantwortung der Bevölkerung überließ, sich vor Corona zu schützen, eine wesentlich höhere Sterblichkeit als in den Nachbarländern. Mittlerweile gilt dieses Modell als gescheitert. Ebenso erging es den USA, in denen die Pandemie gerade unter Präsident Trump lange Zeit nicht allzu ernst genommen wurde: Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Textes (September 2021) verzeichnet das Land eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von 650 000 Corona-Toten. In Staaten wie Florida und Texas, die auf Schutzmaßnahmen weitgehend verzichteten, gehen die Infektions- und Todeszahlen momentan „durch die Decke“.

Fazit: Natürlich muss es eine angemessene „Nachbereitung“ und Aufarbeitung des Handelns der Regierung während der Corona-Pandemie geben – und man wird sicherlich hier und da den einen oder anderen Mangel finden. Aber: Wenngleich die Frage, ob einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie demokratiegefährdend sein könnten, sicherlich anfangs gerechtfertigt war, so hat sich danach beim Gros der Bevölkerung ein stiller Konsens etabliert, dass es notwendig ist, Beschränkungen auf sich zu nehmen, um der Pandemie Einhalt zu gebieten. Die Querdenker mögen sehr laut gewesen sein, aber sie waren immer nur eine kleine Minderheit. Für die Mehrheit der Bevölkerung ging es jenseits der „Freiheitsrhetorik“ der Querdenker aber um eine ganz andere Form der Freiheit: die Freiheit, keine Corona-Infektion zu bekommen! Brisant könnte in Zukunft allerdings die Frage sein, wie man langfristig mit Menschen umgeht, die sich partout nicht impfen lassen wollen.

8. Schlussfolgerungen

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass unsere Demokratie momentan unter Druck steht! Das ist sicher nicht zum ersten Mal so. Die älteren LeserInnen dieser Broschüre können sich sicher noch an den „Deutschen Herbst“ 1977 oder den „Rechtsruck“ in den frühen neunziger Jahren erinnern – und an die oft zitierte „Politikverdrossenheit“ im selben Jahrzehnt. Heutzutage lassen sich die Gefahren, wie oben dargelegt, zum großen Teil im Bereich der digitalen Kommunikation finden. Wir wissen nicht, wie lange diese Trends anhalten werden und mit welchen langfristigen Auswirkungen zu rechnen ist. Aber zumindest gibt es Möglichkeiten, den beschriebenen Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen entgegenzutreten:

1. Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen müssen mehr tun, um so genannte Medienkompetenz zu vermitteln! Denn offenbar sind zahlreiche Menschen (darunter auch viele „gebildete“ Erwachsene) nicht in der Lage, seriöse von unseriösen Nachrichtenquellen zu unterscheiden. Darüber hinaus sollte im entsprechenden Unterricht auch dafür sensibilisiert werden, was sich im digitalen Dialog sozusagen gehört und was nicht.
2. Im Zusammenhang mit dem obigen Punkt sind auch entsprechende Angebote der politischen Erwachsenenbildung von großer Wichtigkeit. Eine nachhaltige, erfolgreiche Arbeit kann dabei aber nur gewährleistet werden, wenn eine kontinuierliche staatliche Finanzierung dieses Bereiches garantiert wird. Das Gleiche gilt für die Unterstützung von NGOs, die sich gegen digitale Hetze engagieren.
3. Die Gesetze gegen Hetze im Internet sind aus Sicht zahlreicher Experten trotz bereits erfolgter Nachbesserungen immer noch nicht scharf genug. Dabei müssen zugleich auch mehr technische Ressourcen mobilisiert werden, um anonym auftretende Urheber von Hassbotschaften zu identifizieren und strafrechtlich belangen zu können.
4. Die Opfer von Internet-Hetze beklagen sich häufig darüber, dass die Polizei und andere Behörden ihre Anliegen offenbar nicht ernst nehmen. Hier wäre zu überlegen, ob es entsprechender Schulungen bedarf, um Abhilfe zu schaffen.
5. Angesichts der Tatsache, dass bestimmte Staaten systematisch politische Desinformation betreiben, wäre ein härteres Vorgehen der davon betroffenen Länder und auch ein verstärktes Engagement von Organisationen wie der EU und der Nato in diesem Zusammenhang hilfreich. So könnte zum Beispiel wirtschaftliche Zusammenarbeit an die Bedingung geknüpft werden, dass feindliche Desinformationskampagnen eingestellt werden.
6. Jenseits des notwendigen Engagements im digitalen Bereich sind aber auch sozialpolitische Maßnahmen erforderlich. Denn so lange bestimmte Schichten der Bevölkerung von Bildung und Wohlstand praktisch abgekoppelt werden, wird es immer

einen Nährboden und eine Aufnahmebereitschaft für politischen Hass und Hetze geben. Sprich: Die soziale Ungleichheit muss reduziert werden!

Zum Abschluss soll hier auf eine der ältesten Weisheiten der Politikwissenschaften verwiesen werden: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – und sie läuft auch nicht von alleine. Stattdessen muss sie ständig verteidigt werden! Wie die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller es vor Kurzem formulierte:

„Die Freiheit dürfen wir nicht als selbstverständlich betrachten, sie könnte uns sonst abhandenkommen.“

9. Weiterführende Websites und Literatur

1) Websites:

www.bpb.de

Die Website der Bundeszentrale für politische Bildung bietet ein breites Spektrum fundierter Informationen zu verschiedensten politisch-historischen Themen. Empfehlenswert sind auch die Websites der einzelnen Landeszentralen für politische Bildung.

www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/fighting-disinformation/

Maßnahmen der EU im Kampf gegen Corona-Desinformation

www.correctiv.org

Das Recherchezentrum für investigativen Journalismus beschäftigt sich auch systematisch mit dem Aufdecken von Desinformation, Falschmeldungen und Halbwahrheiten.

www.demokratiezentrum-bw.de/meldestelle-respect/

Staatliche Meldestelle gegen Hetze im Netz

www.hass-im-netz.info

Staatlich gefördertes Informationsportal zum Thema

www.hateaid.org

Hilfe für von digitalem Hass Betroffene

www.no-hate-speech.de

Nützliche Informationen zum Thema „Hetze im Netz“

www.sicher-im-netz.de

Die Website bietet Unterstützung im Umgang mit der digitalen Welt, darunter auch Ratschläge für den Umgang mit Falschmeldungen

2) Literatur:

Brodnig, Ingrid: Hass im Netz. Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können, Wien/München 2016.

Griffige Analyse des Problems, zusammen mit entsprechenden Ratschlägen für den Umgang mit Internet-Hetze

Butterwegge, Christoph: Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, politische und soziale Ungleichheit in Deutschland, Weinheim/Basel 2020.

Ausführlicher Band zur Problematik zunehmender Ungleichheit

Emcke, Carolin: Gegen den Hass, Frankfurt/Main 2016.

Ein nicht unumstrittener Band, der jedoch wertvolle Denkanstöße liefert

Kleffner, Heike & Matthias Meisner (Hg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde, Freiburg/Breisgau 2021.

Äußerst lesenswerter, erhellender Sammelband über die antidemokratischen Züge der Querdenker-Szene und ihre Nähe zu rechtsextremen Kreisen

Maas, Rüdiger: Was hat Bill Gates mit Corona zu tun? Ein Buch über die Entstehung von Verschwörungstheorien und den Umgang mit ihnen, Norderstedt 2020.

Aktueller, empfehlenswerter Band zum Thema

O'Brien, James: How to be right in a World gone wrong, London 2018.

Ein Talkshow-Moderator stellt in anschaulicher Weise dar, wie man mit politisch „durchgeknallten“ Gesprächspartnern umgehen kann

Pomerantsev, Peter: This is not Propaganda. Adventures in the War against Reality, London 2019.

Umfassende, globale Darstellung zur Thematik der Desinformation.

Das Kursbuch Nr. 124 „Verschwörungstheorien“ (1996) mag inhaltlich zwar veraltet sein, ist für weitere Recherchen zum Thema aber immer noch lesenswert!

Folgende Hefte sind in der „Edition RTH“ erschienen:

Heft I: Verbotener Untergrund

Die unterirdische Geschichte der Berliner Mauer

ISBN: 978-3-00-046280-1

Das Heft behandelt die unterirdische Dimension der Berliner Mauer: Fluchttunnel, Fluchtversuche durch die Kanalisation, die „Geisterbahnhöfe“, verschlossene Keller und Tunnel sowie die „Operation UTA“ des MfS. Mit Literaturliste, Ausstellungs- und Veranstaltungshinweisen (32 S.).

Heft II: Berlin 1945

Die Schlacht um die „Reichshauptstadt“

ISBN: 978-3-00-048324-0

Das Heft thematisiert den Kampf um Berlin im Jahre 1945. Dabei werden die historischen Hintergründe, die besonderen Aspekte der Schlacht, die Auswirkungen, die Legenden, die „ungelösten Rätsel“ und die Gedenkkultur beider Seiten behandelt. Ein ausführlicher Abschnitt behandelt zudem die heute noch sichtbaren Spuren im Stadtbild. Mit Zeittafel und Literaturliste (44 Seiten).

Heft III: NS-Bunker als Gedenkort?

ISBN: 978-3-00-049690-5

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie heutzutage mit verbliebenen NS-Bunkern umzugehen ist. Mit historischem Rückblick auf das „Zeitalter des Betons“, einer Darstellung der Problematik des grassierenden „Bunkertourismus“, Fotos verschiedenster europäischer Fallbeispiele, Hinweisen zur Gestaltung von Bunker-Ausstellungen und einer Literaturliste (36 Seiten).

Heft IV: „Unter Hitler hatten alle Arbeit!“

Die langlebigen Mythen des Nationalsozialismus

ISBN: 978-3-00-051823-2

Dieses Heft thematisiert langlebige Mythen aus der NS-Zeit, die bis zum heutigen Tage immer wieder auftauchen. Dabei geht es zum Beispiel um die Behauptung, dass es im Nationalsozialismus keine Arbeitslosigkeit und kein Verbrechen gegeben habe – oder die „Wunderwaffen“-Mythen und die These, dass der Angriff auf die Sowjetunion nur ein Präventivschlag gewesen sei. In kompakter Form werden die fünf gängigsten Legenden dargestellt und widerlegt. Mit Literaturliste (36 Seiten).

Heft V: „Flüchtlinge in Berlin – damals und heute“

ISBN: 978-3-00-054424-8

Diese Publikation behandelt die Geschichte der in Berlin eintreffenden Flüchtlinge vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Als Überblicksdarstellung zeigt sie, wie Flüchtlinge in der Stadt aufgenommen wurden und wie sie Berlin veränderten. Das bebilderte Heft umfasst eine Zeittafel, ein Literatur- und Adressenverzeichnis zum Thema. Es ist sowohl für historisch interessierte Leser als auch für Aktivisten und Multiplikatoren geeignet (47 Seiten).

Heft VI: „Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939“

ISBN: 978-3-00-055452-0

Kaum ein Konflikt hat Europa so sehr erschüttert wie der Bürgerkrieg, der Spanien von 1936 bis 1939 verwüstete. Oft wird dieser Kampf auch als „Auftakt zum Zweiten Weltkrieg“ gesehen. Sowohl NS-Deutschland als auch Mussolinis Italien und die Sowjetunion waren an dem erbitterten Ringen militärisch beteiligt. Zugleich kämpften zahlreiche Freiwillige aus dem Ausland auf beiden Seiten. Das Heft stellt die komplexen Ereignisse in einer klaren, übersichtlichen Form dar und thematisiert auch die Frage, wie Spanien heutzutage mit dieser düsteren Vergangenheit umgeht (36 Seiten).

Heft VII: „Die Alliierten in Berlin 1945-1994“

ISBN: 978-3-00-059138-9

Ein halbes Jahrhundert lang - von 1945 bis 1994 - sollten die alliierten Besatzungsmächte die geteilte Stadt Berlin prägen. Die Präsenz von Amerikanern, Russen, Briten und Franzosen gehörte dabei für viele Berliner zum Alltag. Zwischendurch gab es aber auch immer wieder dramatische Vorfälle und unerwartete Ereignisse. Heutzutage droht dieser Abschnitt der Geschichte in Vergessenheit zu geraten. Dieses Heft vermittelt einen anschaulichen Überblick und zeigt auf, wo die Alliierten ihre Spuren in Berlin hinterlassen haben (36 Seiten).

Heft VIII: „Kleiner Berliner Nachhaltigkeits-Leitfaden“

ISBN: 978-3-00-062864-1

Wie können Alltag, Konsum und Finanzen in Berlin nachhaltig gestaltet werden? Unser kleiner Leitfaden enthält zahlreiche Tipps und Adressen dazu. Darüber hinaus werden auch nützliche Websites, weiterführende Literatur und sonstige Medien aufgeführt (28 Seiten).

Heft IX: „Corona schlug ein wie eine Bombe“ Die Situation Berliner Obdachloser während der Pandemie

ISBN: 978-3-9822433-0-6

Die Corona-Pandemie sollte gerade für die Obdachlosen Berlins eine Katastrophe darstellen! Diese Schrift dokumentiert die verschiedenen Auswirkungen der Seuche auf die Betroffenen. Zu-

gleich wird beschrieben, wie die Obdachlosen, die sie unterstützenden Hilfsorganisationen, die Behörden und engagierte BürgerInnen versuchten, mit dieser Situation umzugehen. Zudem thematisiert das Heft, welche entsprechenden Vorkehrungen für den Fall zukünftiger Pandemien zu treffen sind. (36 Seiten)

Heft X: „Die Vier-Sektorenstadt Berlin“
Ihr Status seit 1945 und das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971
ISBN: 978-3-9822433-1-3

Die Stadt Berlin erlebte ab 1945 dramatische Zeiten: Sie war praktisch ein Zankapfel der alliierten Besatzungsmächte. Über die Jahre hinweg gab es mehrere große Krisen, in denen es oft um die Frage ging, welchen rechtlichen Status die Stadt - und vor allem West-Berlin - hatte. Erst mit dem Viermächteabkommen von 1971 wurden diese Fragen geklärt. Das Heft erläutert ausführlich die entsprechenden Umstände und die Bedeutung des Abkommens (36 Seiten).

Heft XI: „Jenseits vom Checkpoint Charlie“
Andere Seiten der Berliner Mauer
ISBN: 978-3-9822433-3-7

Die Erinnerung an die Berliner Mauer wirkt heutzutage oft wie "versteinert": Es werden immer wieder die selben Geschichten erzählt und die bereits allseits bekannten Orte durchkonjugiert. Dabei gibt es aber zahlreiche Aspekte, Ereignisse und Entwicklungen, die der Öffentlichkeit kaum bekannt sind. In diesem Heft wird die Geschichte der Berliner Mauer anhand von sieben "Einblicken" aus einem anderen Blickwinkel erzählt, um so einen neuen Zugang zur Thematik zu erlauben (28 Seiten).

Heft XII: „Corona – der Blick über den Tellerrand
Globale Aspekte einer Pandemie“
ISBN: 978-3-9822433-2-0

Vor allem in der Anfangszeit der Corona-Pandemie war unsere Sicht auf das Geschehen sehr stark auf das eigene Land fixiert. Bestenfalls interessierte man sich noch dafür, was in europäischen Nachbarländern oder den USA passierte. Wie aber sah es mit dem Rest der Welt aus – welche globalen Trends zeigten sich während der Pandemie in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft? Welche Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede gab es? (24 Seiten)

Bestellung unter info@rth-berlin.de
oder auf www.rth-berlin.de

Impressum

Robert-Tillmanns-Haus e.V. · An der Rehwiese 30 · 14129 Berlin
www.rth-berlin.de · info@rth-berlin.de

Text: Niko Rollmann · Satz & Layout: Beatrice Freund ·
Druck: brandung³

ISBN: 978-3-9822433-4-4
1. Auflage 2021

Anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung